



## Friedland-Gedächtnisstätte

Die **Friedland-Gedächtnisstätte** in Friedland (Niedersachsen) ist ein Denkmal für die deutschen Heimatvertriebenen und Heimkehrer.

### Geschichte

Das aus vier 28 m hohen, stelenartigen Betonsegmenten bestehende Werk der Künstler Martin Bauer und Hans Wachter wurde 1966/67 als Heimkehrerdenkmal errichtet. Es entstand auf der Erhebung des Hagenbergs oberhalb der Ortschaft Friedland. Bauherr war der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands, der auch als Initiator auftrat und 1964 eine erste Haus- und Strassensammlung von

Spenden zur Errichtung des Denkmals organisiert hatte.

Erste Intentionen zur Errichtung einer solchen Gedenkstätte stammten von Konrad Adenauer, der auch am 15. Mai 1966 den Grundstein legte. Eingeweiht wurde das Denkmal am 15. Oktober 1967 vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Georg Diederichs.



*Innerer Bereich*



*Stele der Kriegsgefangenen*



*Stele der Vertriebenen und Verschleppten*

## Inschriften

Die auf 12 Tafeln angebrachten Inschriften des Denkmals lauten:

1. WIR KAMEN AUF DEN STRASSEN DES KRIEGES, DER GEFANGENSCHAFT, FLUCHT UND VERFOLGUNG – AUS DER HEIMAT VERTRIEBEN. [50 MILLIONEN](#) MENSCHEN LIESSEN AUF ALLEN KONTINENTEN UND MEEREN IHR LEBEN: GEFALLEN, GETÖTET, UMGEKOMMEN.
2. [9.340.900](#) DEUTSCHE BLIEBEN IM 2. WELT-KRIEG: [2.892.000](#) FIELEN ALS SOLDATEN, [2.846.000](#) ZIVILPERSONEN UND [1.250.000](#) KRIEGSGEFANGENE STARBEN; VERSCHOLLEN BLIEBEN: [1.163.600](#) SOLDATEN IM KAMPF, [100.300](#) IN KRIEGSGEFANGENSCHAFT, [1.089.000](#) ZIVILPERSONEN.
3. Heiliges Kreuz

4. VERTRIEBEN WURDEN NACH 1945 AUS DER HEIMAT OSTWÄRTS DER ODER/NEISSE UND DES BÖHMERWALDES, AUS OSTEUROPA UND AUS SÜDOST-EUROPA 15.000.000 DEUTSCHE
5. VERSCHLEPPT WURDEN IN DIE WEITEN DES OSTENS 1944–47 1.000.000 DEUTSCHE ZIVILPERSONEN, DARUNTER FRAUEN UND KINDER.
6. OPFER DER VERTREIBUNG MEHR ALS 2.000.000 UNSCHULDIGE MENSCHEN, AUF DEN STRASSEN ELENDE GESTORBEN, UMGEKOMMEN AUS ERSCHÖPFUNG, DURCH MENSCHLICHE GEWALT
7. VÖLKER VERSÖHNT EUCH!
8. IN KRIEGSGEFANGENSCHAFT GERIETEN 10.500.000 DEUTSCHE SOLDATEN – 7.100.000 IM WESTEN, 3.400.000 IM OSTEN – VERSTREUT IN VIELEN TAUSEND LAGERN
9. 1956 KAM DER LETZTE TRANSPORT – NOCH 1967 WAREN NICHT ALLE FREI
10. 1967 ERRICHTETEN HEIMKEHRER DIESES MAHN-MAL
11. DANKZEICHEN FÜR DIE ERRETTUNG – MAHNUNG AN DIE NACHWELT, FREIHEIT UND MENSCHEN-WÜRDE NIEMALS AUFZUGEBEN
12. VÖLKER ENTSAGET DEM HASS – VERSÖHNT EUCH, DIENET DEM FRIEDEN – BAUT BRÜCKEN ZUEINAND-ER!

# Gedenken im Nachkrieg

Die «Friedland-Gedächtnisstätte»

1. Adenauers Pläne zur Errichtung eines Denkmals in Friedland
2. Die Realisierung des Denkmals durch den Verband der Heimkehrer
3. Die Konjunkturen der Erinnerung und die Pluralität von Erinnerungsmilieus

## Anmerkungen

Während die Errichtung von Denk- und Mahnmalen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem durch die Alliierten und die überlebenden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erfolgte, baute die westdeutsche Kriegsfolgendesellschaft in den 1950er-Jahren eine Vielzahl von Denkmälern. Neben den Denkmälern für getötete Soldaten, nun ohne die heroischen Posen früheren Gefallenen-Gedenkens gestaltet, wurden neuartige Gedenkzeichen eingeweiht, die der Erinnerung an die *Folgen* des Krieges gewidmet waren. Diese Kriegsfolgendenkmalen, die in den 1950er-Jahren zu Tausenden errichtet wurden, meist einen lokalen Bezug aufwiesen und sich durch einen häufig provisorischen Charakter auszeichneten, waren der Erinnerung an Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung, Aufbauarbeit etc. gewidmet, aber auch dem Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 sowie der Teilung Deutschlands. In ihrer Formensprache und ihrem Inhalt waren sich diese Gedenkzeichen sehr ähnlich. Sie symbolisierten Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Vertriebene, Trümmerfrauen oder Deutschland insgesamt als Opfer, enthielten sich jedoch einer Aussage über Ursachen und Schuldige. Die Darstellungsweise war überwiegend gegen-

ständig bzw. allegorisch und hauptsächlich auf das Motiv der Trauer ausgerichtet.

Die im Jahr 1967 errichtete, trotz ihrer Monumentalität weitgehend unbekannt gebliebene «Friedland-Gedächtnisstätte», die im Zentrum der folgenden Ausführungen steht, lässt sich einerseits dieser Gruppe der Kriegsfolgendenkmäler zurechnen, unterscheidet sich von ihnen jedoch in mancherlei Hinsicht. Anders als die seit Beginn der 1960er-Jahre in den meisten Fällen wieder demontierten Kriegsfolgendenkmäler legt bereits die massive Bauweise der Friedland-Gedächtnisstätte nahe, dass diese «für die Ewigkeit» bestimmt sein sollte. Im Unterschied zu den unter anderem durch namentliche Nennung konkreter Personen lokal verorteten, in ihrer Grösse eher bescheidenen Erinnerungszeichen an Flucht, Vertreibung oder Kriegsgefangenschaft erhob die Friedland-Gedächtnisstätte den Anspruch, ein zentrales Denkmal zu sein. Und anders als die lokalen Mahnmale versuchte sie, sowohl den Zweiten Weltkrieg als auch die Kriegsfolgen zu bilanzieren.



Die «Friedland-Gedächtnisstätte».

Zeitgenössische Postkarte des Verbandes der Heimkehrer  
(Quelle: Sammlung Birgit Schwellung)

Im vorliegenden Beitrag wird nicht nur nach Form und Inhalt des Denkmals gefragt, sondern ein besonderes Augenmerk auf den Kontext der Entstehung, auf beteiligte Akteure und auf Konflikte gerichtet, die sich in der zehnjährigen Phase zwischen ersten Plänen im Jahr 1957 und der Einweihung im Jahr 1967 ergaben. Diese Geschichte ist zum einen deshalb von Interesse, weil die Initiative zur Friedland-Gedächtnisstätte von keinem Geringeren als Bundeskanzler Adenauer ausging, zunächst also an die Errichtung einer zentralen, offiziellen Gedenkstätte durch die Bundesrepublik gedacht war. Zum anderen lassen sich an diesem Beispiel auch Konjunkturen der Erinnerung in der Bundesrepublik verdeutlichen sowie einige theoretische Hinweise zu kollektiven Erinnerungen von Opfernverbänden geben.

## **1. Adenauers Pläne zur Errichtung eines Denkmals in Friedland**

Die Pläne zur Errichtung eines Denkmals durch die Bundesregierung nahe des Durchgangslagers Friedland (ca. 15 km südlich von Göttingen) gehen auf das Jahr 1957 zurück. Soweit aus den erhaltenen Unterlagen zu entnehmen ist, wurde die Idee im engeren Umfeld von Bundeskanzler Adenauer entwickelt, der sich das Projekt schnell zu eigen machte und sich für dessen Realisierung einsetzte. Die ersten Pläne sahen vor, ein Denkmal zu errichten, das der «Heimkehr‘ im weitesten Sinne des Wortes» gewidmet sein sollte. An anderer Stelle war die Rede von einem «Monument», das «in die Zone hineinwirken und später als Mahnmal für die Zeit der Teilung Deutschlands und in Erinnerung an die Katastrophe von 1945» dienen sollte. Gedacht war zunächst also nicht an ein Mahnmal für die Toten, sondern für diejenigen, die den Krieg überlebt hatten und von seinen Folgen betroffen waren. Während der Inhalt des geplanten Denkmals zunächst sehr vage blieb, konnten sich die beteiligten Akteure mit dem Durchgangslager Friedland rasch auf einen Ort für die Errichtung

verständigen, war Friedland doch einer der symbolträchtigsten Orte des «Nachkriegs» (Klaus Naumann) in der frühen Bundesrepublik. Adenauer liess daher 1958 ein fünf Hektar grosses Gelände um den «Hagen» ankaufen, einer Anhöhe nahe dem Durchgangslager. Die finanziellen Mittel stammten aus der zweckgebundenen Spende eines Privatmanns aus Leverkusen. Weder Adenauer noch die Bundesrepublik traten als Eigentümer in Erscheinung. Vielmehr hatten sich die beiden Geistlichen im Lager Friedland, Pastor Lippert und Pfarrer Krahe, bereiterklärt, das Gelände im Auftrag des Bundeskanzlers zu erwerben und es bis zur Gründung einer zunächst geplanten, allerdings nicht realisierten Stiftung treuhänderisch zu verwalten.

Der Ort, an dem das Denkmal erbaut werden sollte, war symbolisch hoch aufgeladen und darüber hinaus auf spezifische Weise mit der politischen Biographie Adenauers verbunden. Im September 1945 von der britischen Militärregierung eingerichtet, ging das nahe der innerdeutschen Grenze gelegene Durchgangslager für Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte, Aussiedler, Zivilverschleppte und Kriegsheimkehrer im April 1952 in die Verantwortlichkeit des Landes Niedersachsen über. Seinen hohen Bekanntheitsgrad in der Nachkriegsöffentlichkeit und seine symbolische Aufladung als «Tor zur Freiheit» erlangte Friedland vor allem als Durchgangslager für Kriegsgefangene, die aus östlichem Gewahrsam zurückkehrten. Die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit sowohl für den Ort als auch für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen erreichte ihren Gipfel im Oktober 1955, als im Anschluss an Adenauers Moskaureise unter grosser Anteilnahme der Bürger und der Presse die letzten Transporte mit Heimkehrern aus der Sowjetunion in Friedland eintrafen.

Nachdem der Bundeskanzler im September 1955 nach Moskau gereist war, bei dieser Gelegenheit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vereinbart und die mündliche Zusicherung erhalten hatte, dass 9.626 in der Sowjetunion noch zurück-

gehaltene deutsche Kriegsgefangene in die Heimat entlassen werden würden, kehrten die letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs 1955/56 nach Deutschland zurück. Nimmt man die Popularität Adenauers als Gradmesser, so zählten diese Ereignisse zu den Höhepunkten in seiner politischen Laufbahn. Noch rund zwölf Jahre später, im Mai 1967, fanden 75 Prozent der befragten Bundesbürger, dass «die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Russland» Adenauers grösstes Verdienst gewesen sei. Und selbst in einer 1995 vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführten Umfrage zählten 59 Prozent der Befragten dies zu Adenauers herausragendsten politischen Leistungen. Diese Umfrageergebnisse sind nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sich darin der grosse Stellenwert des auch von Adenauer selbst gepflegten Mythos vom «Befreier der deutschen Kriegsgefangenen» widerspiegelt. Dass die Moskaureise im Urteil der westdeutschen Bevölkerung auch noch Jahrzehnte später als herausragender Erfolg erscheint, deutet auf die eminente gesellschaftliche Bedeutung hin, die der Kriegsgefangenenfrage bis Mitte der 1950er-Jahre zukam. Die symbolische Aufladung des Ortes Friedland als «Gefühlsraum», «Geborgenheitsgebiet» und als «Mythos der Heimat» ist nur dann zu verstehen, wenn man die «hohe emotionale Identifikation der deutschen Öffentlichkeit mit den Kriegsgefangenen» in den 1950er-Jahren in Rechnung stellt. Als «das vielleicht wichtigste Thema der frühen Nachkriegszeit» besass die Problematik weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus Bedeutung. Bilder von und Geschichten über Kriegsgefangene und Heimkehrer waren in der jungen Bundesrepublik zwischen 1950 und 1955 omnipräsent. Der Empfang zurückkehrender Kriegsgefangener im Lager Friedland, der Jubel des Wiedersehens, die Trauer der Angehörigen, die wieder einmal vergeblich nach Friedland gereist waren, die alte Dame, die Adenauer nach der Rückkehr aus Moskau dankbar die Hände geküsst hatte, wurden zu «Ikonen der Heimkehr», die eine weite mediale Verbreitung fanden.

Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion boten sich aus einem weiteren Grund als Symbol an, mit dem sich weithin geteilte Befindlichkeiten bündeln liessen. Die Tatsache, dass sich die Sowjetunion mit der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen über das Jahr 1948 hinaus nicht an unterzeichnete internationale Vereinbarungen hielt, sowie die in der Sowjetunion unter juristisch fragwürdigen Bedingungen durchgeführten Kriegsverbrecher-Prozesse machten die Gefangenen in der Wahrnehmung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu unschuldigen Opfern – und zwar nicht nur einer fragwürdigen Justiz, sondern auch einer sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation. Die von den Zeitgenossen als brutal und ungerecht bewertete sowjetische Kriegsgefangenenpolitik verhinderte geradezu, dass differenzierte Fragen gestellt und diskutiert wurden, etwa nach tatsächlich Schuldigen unter den Verurteilten der Prozesse der Jahre 1949/50. Die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen boten somit einen Anknüpfungspunkt für das in der westdeutschen Gesellschaft weithin verbreitete Gefühl, zu den Opfern des Krieges, der Alliierten, der beginnenden Ost-West-Konfrontation, der bedrückenden Situation in den ersten Nachkriegsjahren insgesamt zu zählen.

Vor diesem Hintergrund erschien Friedland geradezu prädestiniert für die Errichtung eines Denkmals, bündelten sich an diesem Ort doch viele der Befindlichkeiten, die das Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik wesentlich prägten. Aus Sicht der Zeitgenossen verfügte Friedland über einen weiteren Vorteil. Unweit der deutsch-deutschen Grenze gelegen, bot sich der Ort auch dafür an, die deutsch-deutsche Teilung in das Gedenken einzubeziehen. Die Vorstellungen über den genauen Inhalt und die Form des Denkmals blieben jedoch zunächst mehr als vage. Die Rede war von einem «Ehrenmal», einer «Gedenkstätte», einer «Gedächtnisstätte» oder auch einem «Denkmal». Adenauer selbst verfolgte zumindest anfänglich ein eng an seinen politischen Erfolg angelehntes Projekt, nämlich ein Denkmal zur Erinnerung an die «Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der UdSSR im Anschluss an

den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau». Zu einem späteren Zeitpunkt verfolgte er den Plan, «eine Gedenkstätte für das Schicksal zu errichten, das sich in Friedland abgespielt hat und das durch Friedland symbolisiert wird», erweiterte damit also den Kreis der zu Gedenkenden um Vertriebene, Flüchtlinge, Zivilverschleppte und Aussiedler. Von Seiten des Bundesministeriums für Vertriebene (BMVt) wurde ähnlich dem Vorschlag Adenauers ein Denkmal für heimkehrende Kriegsgefangene, Vertriebene und Aussiedler favorisiert. Im Jahr 1963 wurde schliesslich Einigkeit darüber erzielt, dass «an die Schicksale von vielen Millionen Vertriebenen, Flüchtlingen und Heimkehrern» erinnert werden sollte. Genauer war die Rede von einer «Erinnerung an die Heimkehr der Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten als auch an die Aufnahme der Vertriebenen und Aussiedler».

Diese inhaltliche Ausrichtung wurde auch deutlich an der Zusammensetzung der geplanten, allerdings nicht realisierten Stiftung, deren Mitglieder an den Entscheidungen zur Gestaltung des Denkmals beteiligt werden sollten. Neben Vertretern des Bundes, des Landes Niedersachsen, der zuständigen Kommunalstellen und der im Bundestag vertretenen politischen Parteien sollten dem Kuratorium Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, des Deutschen Roten Kreuzes, des Verbandes der Heimkehrer (VdH) und der Vertriebenenverbände angehören. Damit war das vorgesehene Mahnmal deutlich auf die Verbände der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs ausgerichtet. Das Projekt hatte zudem aufgrund der Beteiligung der beiden grossen Kirchen und der Lagergeistlichen einen christlichen Anstrich. Eine mögliche Beteiligung von jüdischen Organisationen oder Verbänden ausländischer Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war kein Thema. Angesichts der Tatsache, dass die unzähligen, in den 1950er-Jahren geschaffenen lokalen Erinnerungszeichen an Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung von eher kleinem Format waren sowie zum Teil einen provisorischen Charakter aufwiesen, hatte das Projekt aufgrund seiner geplanten Grösse und Monumentalität einen

besonders hervorgehobenen Charakter. Insbesondere Adenauer sah darin jedoch kein partikulares Gedenken, sondern eine Erinnerung, an der «unsere gesamte Bevölkerung interessiert [ist]».

Obwohl die inhaltliche Ausrichtung und der gewählte Standort des Denkmal-Projekts grundsätzlich dem Zeitgeist entsprachen, fand die Idee zunächst wenig Begeisterung. Ein erster Vorbehalt betraf die von den Zeitgenossen als «katholisch» interpretierte Ausrichtung des Projekts. Die anfänglichen Pläne sahen ein «weit über die Zonengrenze sichtbares christliches Monument» vor, konkret die Errichtung einer durch Yrsa von Leistner zu schaffenden monumentalen Christusstatue. Gegen diese Gestaltung wandte sich zum einen der Kreistag des Landkreises Göttingen, der in einer Entschliessung vom 10. Februar 1958 festhielt, dass «eine solche Kolossalfigur [...] nicht dem religiösen Empfinden der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unseres Kreises» entspreche. Der evangelische Pfarrer im Lager Friedland, Pastor Lippert, äusserte ähnliche Bedenken, indem er vor der Schaffung einer «katholischen Wallfahrtsstätte in Friedland» warnte. Die Idee einer Christusstatue wurde daraufhin fallengelassen.

Weitere Bedenken betrafen den Zeitpunkt der Errichtung, die Kosten des Projekts und die Grösse der geplanten Anlage. Insbesondere Theodor Oberländer, den Adenauer in seiner Funktion als Minister für Vertriebene für das Projekt zu gewinnen suchte, war sehr kritisch eingestellt – nicht zuletzt aufgrund der in den Jahren 1957/58 wieder sprunghaft gestiegenen Anzahl von Personen, die nach Friedland kamen. Der Bau eines solchen Denkmals sei verfrüht. «Erst einmal muss den nach Friedland jetzt fast täglich einströmenden Menschen geholfen werden», so Oberländer an Bischof Dibelius, «ehe man sich mit einem so kostspieligen Projekt befassen kann.» Auch der Bundeskanzler, so Oberländer weiter, könne sich

diesem Argument nicht verschliessen, zumal «zahlreiche Zuschriften aus allen Bevölkerungsteilen» gezeigt hätten, «dass man im augenblicklichen Zeitpunkt kein Verständnis für die Errichtung eines Mahnmals aufbringen würde». Oberländers Argument wurde in ähnlicher Form vom Göttinger Kreistag in seiner bereits erwähnten Entschliessung vom 10. Februar 1958 vorgebracht. Auch von dieser Seite wurde darauf hingewiesen, dass mit einem Gedenken in Friedland erst dann begonnen werden könne, «wenn das Lager in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft seine Aufgabe erfüllt haben wird». Die Abgeordneten waren der Ansicht, dass die verfügbaren Mittel besser den karitativen Verbänden im Lager und den Hilfebedürftigen zur Verfügung gestellt werden sollten, anstatt das Geld in ein Mahnmal zu investieren.

Diesen Argumenten konnte sich Adenauer nicht verschliessen. Insbesondere Oberländers Hinweis auf die mangelnde Zustimmung der Bevölkerung zum Denkmal bewog den Kanzler, das Projekt auf Eis zu legen. Am 14. Mai 1959 teilte der Leiter des Kanzlerbüros Selbach Pfarrer Krahe mit, im Kanzleramt werde derzeit «übereinstimmend» die Auffassung vertreten, «dass es im Hinblick auf die politische Lage zweckmässiger sei, die Angelegenheit zunächst nicht voranzutreiben». Auch das Argument des falschen Zeitpunkts war im Kanzleramt inzwischen auf offene Ohren gestossen. Zunächst müsse «die immer noch im Gange befindliche Rückführung von Heimkehrern und Umsiedlung von Ostdeutschen zum Abschluss gekommen sein. Die Durchführbarkeit des gesamten Projekts hängt nach Ansicht aller beteiligten Instanzen wesentlich davon ab, dass für die weiteren notwendigen Massnahmen der richtige Zeitpunkt gewählt wird.» Eine Preisgabe des Projekts war damit jedoch keineswegs verbunden. Der Bundeskanzler werde «nicht ohne weiteres auf die Schaffung einer Gedenkstätte verzichten».

## 2. Die Realisierung des Denkmals durch den Verband der Heimkehrer

Die Phase des Moratoriums machte sich der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen insofern zu Nutze, als es ihm im zweiten Anlauf gelang, das Projekt an sich zu ziehen. Mit dem im März 1950 gegründeten Zentralverband der bis dahin verstreut existierenden Interessengruppen ehemaliger Kriegsgefangener übernahm ein Akteur die Initiative, der besonders in den 1950er-Jahren zu den einflussreichen und mitgliederstärksten Verbänden der Bundesrepublik zählte (1955: rund 500.000 Mitglieder).

Seine Betätigungsfelder reichten vom Einsatz für die Freilassung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und so genannten «Kriegsverurteilten» über Lobbyarbeit im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung bis hin zur politischen Bildungsarbeit. Zu seinen grössten politischen Erfolgen zählte die Durchsetzung des 1954 verabschiedeten Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes. Der VdH war ausserdem massgeblich an der öffentlichkeitswirksamen Etablierung des Gedenkens an die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen beteiligt. In der ersten Hälfte der 1950er-Jahre veranstaltete der Verband mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung und unter grosser Beteiligung der Öffentlichkeit «Kriegsgefangenen-Gedenkwochen», bei denen bundesweit die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wurde. Auf seine Initiative ging zudem eine Wanderausstellung zum Thema Kriegsgefangenschaft zurück, die von 1951 bis Mitte der 1960er-Jahre in über 100 Städten der Bundesrepublik und vereinzelt auch im Ausland gezeigt und von insgesamt rund 1,7 Millionen Personen besucht wurde. In Denkmalprojekten engagierte sich der VdH ebenfalls stark. Bis Mitte der 1960er-Jahre errichtete der Verband rund 1.800 überwiegend lokale Mahnmale zur Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft, von denen heute allerdings nur noch wenige existieren.

Bereits die ersten Pläne für die Friedland-Gedächtnisstätte sahen vor, den VdH massgeblich zu beteiligen. Allerdings sollte der Verband nur einer der in der Stiftung vertretenen Akteure sein. Ob die Institutionen, die in die Stiftung berufen werden sollten, in der Angelegenheit zu wenig Initiative erkennen liessen oder ob sie sich aufgrund des wenig transparenten und zum Teil fragwürdigen Vorgehens des VdH schliesslich zurückgezogen haben, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurde der VdH seit 1963 von offizieller Seite als Bauherr adressiert, zumeist auch als Initiator des Denkmalprojekts. Vom ursprünglich vorgesehenen Unterstützerkreis war zu Beginn der Umsetzung des Projekts neben dem VdH nur noch der Bund der Vertriebenen (BdV) geblieben, der später jedoch nicht mehr in Erscheinung treten sollte. Und schliesslich gibt es Hinweise darauf, dass Adenauer zumindest einige der Fäden in der Hand behielt.

---

**DANKOPFER  
DER HEIMKEHR FÜR**



**FRIEDLAND  
GEDÄCHTNIS  
STATTE**

**1 DM BAUSTEIN**

**So sehen die Bausteine für die Errichtung  
der Friedland-Gedächtnisstätte aus.  
Kamerad, erwirb die Bausteine und trage  
dein Dankopfer ab!**

Anzeige zur Spendenwerbung  
in verschiedenen Ausgaben der Verbandszeitschrift «Der Heimkehrer»



Die «Grenzlandfahrt» der «Friedlandglocke» führte im Frühjahr 1964 von Friedland aus unter anderem nach Bayern, in den Schwarzwald, ins Saargebiet, durch die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bis zur Nordseeküste – und zurück nach Friedland.

(Quelle: Der Heimkehrer 15 [1964] H. 9, S. 3.)

Von April bis Juli 1964 führte der VdH mit freiwilligen Helfern aus den eigenen Reihen sowie Mitgliedern des BdV eine Haus- und Strassensammlung durch. Diese Spendenaktion, über die in der Presse ausführlich berichtet wurde, brachte die beachtliche Summe von 527.634,83 DM ein, die den Finanzrahmen für die Realisierung des Projekts absteckte. Dass sich die Verwirklichung trotz der vorhandenen finanziellen Mittel über vier Jahre hinzog, war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ein erster, vom Verband ausgelobter Wettbewerb kein Ergebnis erbrachte. So wurde eine zweite Ausschreibung notwendig, die mit 33 eingereichten Entwürfen auf wesentlich grössere Resonanz stiess. Schliesslich entschied sich das VdH-Präsidium entgegen dem offensichtlich nicht als bindend verstandenen Votum der unabhängigen fünfköpfigen Jury für den Vorschlag des Entwurfsteams Wachter und Bauer aus München, der mit leichten Abänderungen realisiert und am 15. Oktober 1967 feierlich eingeweiht wurde. Zuvor hatte Altbundeskanzler Adenauer am 15.

Mai 1966 den Grundstein der Friedland-Gedächtnisstätte auf dem Hagen gelegt.

Entsprechend der Symbolik des Ortes war die Bedeutung der Friedland-Gedächtnisstätte in der Grundstein-Urkunde zwischen einem traditionellen, heroisierenden Kriegsgedenken an gefallene Soldaten, einem mit Erinnerungen an den Nachkrieg verbundenen universalen Mahnen sowie einer Dankes- und Versöhnungsgeste angesiedelt: «Möge das Mahnmal vom Opfergang des deutschen Volkes und seiner Söhne künden, die als Soldaten oder Zivilisten, als Kriegsgefangene, Verschleppte, Vertriebene oder Flüchtlinge in besonderer Weise Opfer des 2. Weltkrieges und seiner Folgen wurden. // Möge es künden von einer Generation, die sich in Ehrfurcht vor den Opfern jeder Gewalt neigt. // Möge es ein Mahnmal der Hoffnung, des Dankes und der Versöhnung sein, das ohne Anklage noch in Jahrhunderten den Willen zur Freiheit, den Mut zur Gerechtigkeit, zur Menschenwürde und zum Frieden bekundet.» Diese Hervorhebung der deutschen Opfer des Krieges wiederholte der niedersächsische Ministerpräsident Georg Diederichs bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte. Er sprach davon, dass Friedland «zu einem Symbol für das schwere Schicksal unseres Volkes» geworden sei, und erwähnte dabei besonders die «heimkehrende[n] Kriegsgefangene[n], Zivilinternierte[n], Verschleppte[n] und Evakuierte[n], Flüchtlinge aus Mitteldeutschland und Heimatvertriebene[n] aus unseren Ostgebieten».

## Mahnmal der Hoffnung, des Dankes und der Versöhnung

### Tausende von Heimkehrern bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte auf dem „Hagen“

Der Tag der Kriegsgeneration hat seine weitere Wirkung gelassen. Auf dem „Hagen“ der Friedland wurde am 18. Oktober die Friedland-Gedächtnisstätte eingeweiht. Es ist der Ausdruck vom Frieden der Versöhnung auf dem Hagen, der eine Stadt mitten in Deutschland wieder verbindet.

Die Friedland-Gedächtnisstätte ist ein Denkmal der Versöhnung der Kriegsgeneration. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder begegnen können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder danken können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder versöhnen können.

Die Friedland-Gedächtnisstätte ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder begegnen können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder danken können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder versöhnen können.



Blick vom Mahnmal auf die Teilnehmer bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte Foto: F. K. Tsch. Bonn

Die Friedland-Gedächtnisstätte ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder begegnen können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder danken können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder versöhnen können.

Die Friedland-Gedächtnisstätte ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder begegnen können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder danken können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder versöhnen können.

Die Friedland-Gedächtnisstätte ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder begegnen können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder danken können. Es ist ein Ort, an dem die Menschen sich wieder versöhnen können.

Titelseite der Verbandszeitschrift «Der Heimkehrer», 25.10.1967



Einweihung der «Friedland-Gedächtnisstätte»  
(Quelle: Sammlung Birgit Schwelling)



Im Innern des Mahnmals. Im Vordergrund (links) der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs, rechts der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten für Vertriebene und Flüchtlinge, Herbert Hellmann.

Politiker bei der Einweihung – vorn links der niedersächsische Ministerpräsident Georg Diederichs, vorn rechts der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge, Herbert Hellmann (beide SPD). (Quelle: Der Heimkehrer 18 [1967] H. 20, S. 3.)

Das Mahnmal besteht aus vier flügelartigen, 28 Meter hohen Toren, die aus hellem Beton gefertigt sind, wobei die Monumentalität der Anlage durch ihren Standort auf einer Anhöhe noch verstärkt wird. Die Oberfläche der Tore ist bearbeitet, so dass ein reliefartiger Eindruck entsteht. Obwohl das Ensemble abstrakt gehalten ist, wurden die Betontore im Vor-

feld der Errichtung durch den VdH gegenständlich gedeutet: als «Tore zur Freiheit» und «kraftvolle Segel im Sturm». Die in den Beton «eingegrabenen Fluchtlinien» interpretierte der Verband als «Narben der Zeit». In eines der Tore ist eine Glocke eingelassen, die in ihrer Form an die vor der Evangelischen Lagerkirche aufgestellte «Friedlandglocke» angelehnt ist. Die Glocke der Gedächtnisstätte ist an ihrem oberen Rand mit Stacheldraht umwickelt, trägt das VdH-Abzeichen, die Jahreszahl 1967 und die Inschrift: «Freiheit – Heimat – Frieden – Brot – Familie».



Glocke in der «Friedland-Gedächtnisstätte».  
Zeitgenössische Postkarte des Verbandes der Heimkehrer  
(Quelle: Sammlung Birgit Schwelling)

Auf den Toren sind insgesamt zwölf Tafeln angebracht, deren Inschriften bilanzierend auf ausgewählte Personenkreise verweisen und den Verlust an Menschenleben in Zahlen zum Ausdruck bringen. Der Fokus liegt dabei auf der Bilanzierung von Kriegsgefangenschaft, Flucht, Vertreibung und Verschleppung. Auf der ersten Tafel (Tor 1) werden zunächst die «Sprecher» des Mahnmals kenntlich gemacht, zum anderen wird eine Gesamtzahl von Kriegstoten genannt – der Zusammenhang bleibt etwas unklar: «Wir kamen auf den Strassen des Krieges, der Gefangenschaft, Flucht und Verfolgung – aus der Heimat vertrieben. 50 Millionen Menschen liessen auf allen Kontinenten und Meeren ihr Leben: gefallen, getötet, umgekommen.» Auf Tafel 10 (Tor 4) wird die Urhebererschaft der Gedächtnisstätte spezifiziert: «1967 errichteten Heimkehrer dieses Mahnmal.»

Auf weiteren Tafeln werden die deutschen zivilen und militärischen Opfer von Krieg, Flucht, Vertreibung, Verschleppung und Gefangenschaft im Einzelnen anhand von Zahlen ausgewiesen. Die teils scheinbar exakten, teils pauschalen, stets aber sehr grossen Zahlen dienen offenbar der Beglaubigung:

«9.340.900 Deutsche blieben im 2. Weltkrieg: 2.892.000 fielen als Soldaten, 2.846.000 Zivilpersonen und 1.250.000 Kriegsgefangene starben. Verschollen blieben: 1.163.600 Soldaten im Kampf, 100.300 in Kriegsgefangenschaft, 1.089.000 Zivilpersonen.»

(Tafel 2)

«Vertrieben wurden nach 1945 aus der Heimat ostwärts der Oder/Neisse und des Böhmerwaldes, aus Ost-Europa und aus Südost-Europa 15.000.000 Deutsche.»

(Tafel 4)

«Verschleppt wurden in die Weiten des Ostens 1944-47 1.000.000 deutsche Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder.»

(Tafel 5)

«Opfer der Vertreibung wurden mehr als 2.000.000 unschuldige Menschen, auf den Strassen elend gestorben, umgekommen aus Erschöpfung, durch menschliche Gewalt.»

(Tafel 6)

«In Kriegsgefangenschaft gerieten 10.500.000 deutsche Soldaten – 7.100.000 im Westen, 3.400.000 im Osten – verstreut in vielen tausend Lagern.»

(Tafel 8)

Im Unterschied zu anderen, im selben Zeitraum errichteten Mahnmalen wie etwa dem Ehrenmal im Bonner Hofgarten (1964) wurde hier nicht pauschal auf alle «Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft» verwiesen, sondern den deutschen Opfern eine besondere Aufmerksamkeit eingeräumt. Andere Opfergruppen finden, sieht man von der pauschalen Nennung von insgesamt 50 Millionen Opfern ab, keine Erwähnung. Dieses selektive Gedenken wird dadurch noch verstärkt, dass mit Tafel 9 ein nicht näher benannter Kreis von unfreien Personen in die Erinnerung einbezogen wird, wobei offenbar wiederum Deutsche gemeint sind: «1956 kam der letzte Transport – noch 1967 waren nicht alle frei.» Darin spiegelt sich zum einen wider, dass der Verband auch nach der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion unvermindert an einer Aufklärungs- und Suchdienstrhetorik festhielt und sich, zumindest symbolisch, nicht bereitfand, die Suche nach zum Teil noch in sowjetischen Lagern vermuteten Vermissten zu beenden. Zum anderen findet sich in dieser Inschrift die seit Mitte der 1950er-Jahre zu beobachtende Entgrenzung der in den Kreis der «Gefangenen» einbezogenen Personengruppen, die mit der Bezeichnung von 17 Millionen DDR-Bürgern als «Gefangenen des Kalten Krieges» ihren Höhepunkt fand. Und schliesslich ist zu vermuten, dass sich

damit auch die letzten noch in alliierten Gefängnissen einsitzenden, verurteilten Kriegsverbrecher angesprochen fühlen konnten. Auffällig an dieser Tafel ist jedenfalls, dass sie im Vergleich zu den anderen Inschriften weitaus weniger eindeutige Aussagen enthält und daher für verschiedene Deutungen und Identifizierungen offen bleibt.

Auf Tafel 11 heisst es über den Zweck des Denkmals: «Dankzeichen für die Errettung – Mahnung an die Nachwelt, Freiheit und Menschenwürde niemals aufzugeben.» Diese «Mahnung» wird an anderer Stelle erneut aufgegriffen und durch einen Aufruf ergänzt: «Völker versöhnt euch!» (Tafel 7) sowie «Völker entsagt dem Hass – versöhnt Euch – dienet dem Frieden – baut Brücken zueinander!» (Tafel 12). Auf Tafel 3 schliesslich ist ein Kreuz abgebildet. Mit diesem Rückgriff auf ein christliches Symbol wurde der Adressatenkreis abermals eingegrenzt, so dass sich insgesamt das Bild eines ambivalenten Mahnmals ergibt: Es changiert zwischen pauschalen Verweisen auf sämtliche Opfer des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen sowie auf die Völkergemeinschaft einerseits und eingeschränkteren Verweisen auf die (christlichen) deutschen Opfer vor und nach 1945 andererseits. Das verbindende Element ist ein unkonkretes Sprechen, das Fragen von Ursachen, Schuld und Verantwortung vermeidet.

Wie bereits in den Anfängen des Projekts, so wurde auch im Vorfeld der Realisierung der Friedland-Gedächtnisstätte Kritik laut. Zwar war es dem VdH gelungen, eine nicht unbedeutende Summe an Spendengeldern zu sammeln, was auf eine gewisse gesellschaftliche Zustimmung zum Projekt schliessen lässt. Doch waren auch kritische Stimmen zu vernehmen, die sich im Unterschied zu den Anfängen des Projekts allerdings weniger auf pragmatische Gesichtspunkte als auf bestimmte inhaltliche Aussagen des Denkmals bezogen. Das betraf vor allem die Strategie, an den Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive der deutschen Opfer, insbesondere der Kriegsgefangenen, zu erinnern und diese als Symbol *des Opfers* schlechthin zu installieren. Dieses Ziel wurde nicht nur

in den Inschriften des Denkmals deutlich, sondern auch in deren Erläuterung durch den VdH. So erhob Werner Kiessling, der damalige Geschäftsführende Präsident des VdH, mehrfach den Anspruch, mit der Gedächtnisstätte für «alle Opfer» zu sprechen, selbst wenn der Text der Grundsteinurkunde und die Inschriften der Gedächtnisstätte seine Aussage deutlich konterkarierten. Die Gedächtnisstätte sei «nicht einem Gruppenschicksal gewidmet», sondern vielmehr «dem ganzen Volk in allen seinen Gruppierungen, in allen seinen Opfern und darüber hinaus der leidenden Menschheit». Nicht nur «die eine, sondern alle Seiten der Opfer der Jahre des 3. Reiches und der Nachkriegszeit» seien in das Denkmal einbezogen worden: «Die Gefallenen, Vermissten und Verschollenen, die Opfer der Bombenteppiche und der Zivilbevölkerung – die 50 Millionen Toten, die im Verlauf des 2. Weltkrieges zu Wasser, zu Lande und in der Luft, Soldaten, Greise, Frauen und Kinder, ihr Leben lassen mussten, auf den Kampffeldern, in den Kellern ihrer Wohnungen, in den Konzentrationslagern, in den Lagern der Verschleppung und der Kriegsgefangenschaft.»

Doch dieser expliziten Erwähnung der Konzentrationslager kann angesichts der Komposition der Inschriften nur eine Alibifunktion zugeschrieben werden – ein Umstand, der auch den Zeitgenossen nicht verborgen blieb und der im Unterschied zu den Anfängen des Projekts nun kritisch kommentiert wurde. Erkennen lässt sich dies beispielsweise an der Reaktion auf die Entwürfe der Inschriften von Seiten des BMVt, namentlich von Staatssekretär Peter Paul Nahm: «Schliesslich gestatte ich mir, anzuregen, darüber nachzudenken, und zwar immer wieder unter meiner Prämisse [sic], dass das Ganze dem Inhalt der Schlussstafel zugeordnet sein soll – ob man auf eine Beizählung der Opfer der Konzentrations- und Vernichtungslager verzichten darf und ob von einem Hinweis auf die Blutopfer anderer Völker abgesehen werden kann.»

Zu diesem Schritt allerdings fand sich der VdH, den Änderungsvorschlägen gegenüber ansonsten durchaus aufge-

schlossen, nicht bereit. Kiessling betonte erneut, dass «in den genannten 50 Millionen [...] auch die KZ-Opfer, ungenannt, enthalten» seien, was bereits als «Fortschritt» zu werten sei, «denn weder in Mauthausen noch in Dachau, noch in Bergen-Belsen ist auf die anderen Hekatomben von Opfern hingewiesen». Die Integration der Opfer der NS-Herrschaft in ein Mahnmal – über die pauschale Nennung der Zahl von 50 Millionen Opfern hinaus – war für den VdH im Jahr 1967 nicht denkbar, kostete es doch offensichtlich bereits erhebliche Überwindung, den in den ursprünglich geplanten Inschriften enthaltenen anklagenden Charakter herauszunehmen. Kiessling informierte am Ende des Entscheidungsprozesses um das Denkmal und dessen Inschriften die Mitglieder des Verbandes darüber, dass «die Gedenktafeln für das Mahnmal auf dem ‚Hagen‘ [...] von jeder Anklage und *somit auch von jeder Selbstanklage* freigehalten worden» seien. Wenn er betonte, dass man sich damit «über die Fesseln eigener Ressentiments» erhebe, lässt sich diese Haltung nicht als bloße Rhetorik abtun, sondern demonstriert das schwierige psychologische Problem eines Verbandes und seiner Mitglieder, sich nach der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft nicht ausschliesslich und vor allem nicht als alleinige Opfer zu definieren, sondern darüber hinaus als ehemalige Soldaten der Wehrmacht deren Beteiligung an der Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Regimes kritisch zu reflektieren.

Der Eindruck einer sich öffnenden Schere zwischen partikularen Verbandserinnerungen auf der einen Seite und inzwischen (selbst)kritischer werdenden öffentlichen Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus auf der anderen Seite findet seine Bestätigung in Presseberichten über die Einweihung der Gedächtnisstätte. Die Journalisten bezeichneten das Denkmal als «Mahnmal für die deutschen Kriegsgefangenen» und als «Heimkehrer-Gedächtnisstätte» – eine Lesart, die auf Seiten des Verbandes auf deutliches Missfallen stiess. Verschnupft zeigte sich der Verband auch über die vollständige Abwesenheit der Volksvertreter bei den Einweihungsfeierlichkeiten – ein weiterer Hinweis darauf, dass sich die Ver-

gangenheitsdeutungen in der Bundesrepublik im Wandel befanden. Zwar hatte der VdH für die Grundsteinlegung vom Mai 1966 mit Adenauer eine bedeutende Persönlichkeit gewinnen können. Adenauer aber war persönlich mit dem Projekt verbunden und zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr im Amt.

Vergleicht man die Gästelisten der Einweihungsfeierlichkeiten mit denen der vom VdH veranstalteten Heimkehrer-Deutschland-Treffen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre, so wird deutlich, dass die politische Elite nun mit ausgesprochener Zurückhaltung auf die Einladungen des Verbandes reagierte. Zwar hatte sich die niedersächsische Landesregierung bereiterklärt, die Gedächtnisstätte am Tag der Einweihung in ihre Obhut zu übernehmen, aber die Politiker antworteten auf die Einladung dieser Gedenkstätte «des ganzen deutschen Volkes», die der VdH ohne dessen Mandat errichtet hatte, durch demonstratives Fernbleiben. Kiessling zeigte sich entrüstet darüber, dass «bei der Einweihung dieses in Deutschland wegen seines universellen Charakters einmalig dastehenden Mahnmals des ganzen deutschen Volkes kein einziger Vertreter der deutschen Volksvertretung anwesend war». Das bleibe «der gravierende Schatten dieser geschichtlichen Stunde». Seine Wünsche, dass «die gesamte Volksvertretung einmal Gelegenheit nimmt [...] dieses Mahnmal zu erleben», dass «das ganze deutsche Volk in den folgenden Jahren aufbrechen wird, um diese Stätte zu sehen» und dass «diese Mahnstätte einmal Wallfahrtsstätte werden [möge]», gingen nicht in Erfüllung. Das Denkmal ist weitgehend unbekannt geblieben.

## Schmierereien an der Friedland-Gedächtnisstätte

Unbekannte Täter haben in einer Nacht zwischen Weihnachten und dem neuen Jahr die im Oktober vorigen Jahres eingeweihte Friedland-Gedächtnisstätte heftig und zerstörerisch verunreinigt. Mit grüner Leuchtschrift wurden, nach vorheriger Überlackieren mit einer sogenannten Lasur, auf das Mahnmal die Worte „Dachau“ und „Lidice“ geschrieben, wobei auch zwei der

Gedenktafeln überschmiert wurden. Auch wurde ein Teil der Scheinwerferbatterien, mit denen das Mahnmal bei Dunkelheit angestrahlt wird, zerstört. Die Täter versuchten außerdem die Stahltür zum Glockenturm aufzubrechen.

Das Mahnmal der Heimkehrer in Friedland ist ein Mahnmal der Versöhnung, das nicht

nur den Opfern des 2. Weltkrieges in aller Welt gewidmet ist, sondern auch den Verfolgten der Gewaltherrschaft.

Das Präsidium des Verbandes der Heimkehrer ist über diese Untat empört und erwartet, daß seitens der zuständigen Stellen alles getan wird, die Täter ausfindig zu machen und sie der gerechten Strafe zuzuführen.



Ausgerechnet die Tafel mit der Inschrift „Völker entsagt dem Haß — Verzeiht euch, dienet dem Frieden — Baut Brücken zueinander!“ wurde an der Friedland-Gedächtnisstätte von den unbekanntesten Tätern übermalt und durchgestrichen. Sie wollen keine Versöhnung und keinen Frieden, sondern den Haß lebendig halten, um weiterhin Zwietracht und Uneinigkeit zwischen den Völkern wachzuhalten. — Die zweite Tafel der Gedächtnisstätte, auf der das Wort Lidice geschrieben wurde, trägt die Inschrift: „3 949 900 Deutsche blieben im 2. Weltkrieg: 3 982 000 fielen als Soldaten, 3 846 000 Zivilpersonen und 1 350 000 Kriegsgefangene starben; verschollen blieben: 1 163 600 im Kampf, 100 300 in Kriegsgefangenschaft, 1 089 000 Zivilpersonen.“

Foto: Fritz Paul, Göttingen

«Das Mahnmal der Heimkehrer in Friedland ist ein Mahnmal der Versöhnung, das nicht nur den Opfern des 2. Weltkrieges in aller Welt gewidmet ist, sondern auch den Verfolgten der Gewaltherrschaft. Das Präsidium des Verbandes der Heimkehrer ist über diese Untat empört und erwartet, dass seitens der zuständigen Stellen alles getan wird, die Täter ausfindig zu machen und sie der gerechten Strafe zuzuführen.»

(Quelle: Der Heimkehrer 19 [1968] H. 1, S. 1.)

Die schärfste Kritik an der Friedland-Gedächtnisstätte jedoch wurde von den unbekanntesten Tätern vorgebracht. Zwischen Weihnachten und Neujahr 1967/68 zerstörten Unbekannte die Scheinwerfer der Friedland-Gedächtnisstätte und übermalten die Inschriften auf zwei ihrer Tafeln mit den Worten «Dach-

au» und «Lidice». Dies war ein deutliches Zeichen für eine im Wandel begriffene westdeutsche Erinnerungskultur. Während es dem VdH wie auch anderen Verbänden deutscher Opfer des Zweiten Weltkrieges im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik gelungen war, die öffentlichen Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus, des Krieges und an die unmittelbare Nachkriegszeit zu prägen, mehr noch: mit den eigenen Deutungen im Zentrum weithin geteilter vergangenheitsbezogener Befindlichkeiten zu stehen, waren die Vergangenheitsinterpretationen nun zu einem Anachronismus geworden, der nicht mehr unwidersprochen hingenommen wurde.

### **3. Die Konjunkturen der Erinnerung und die Pluralität von Erinnerungsmilieus**

Die Geschichte der Friedland-Gedächtnisstätte verdeutlicht, dass sich seit den ausgehenden 1950er-Jahren ein grundlegender, verschiedene Ebenen betreffender Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur vollzogen hat.

Exemplarisch ablesen kann man hier die sich deutlich öffnende Schere zwischen den sinnstiftenden Erinnerungen an Kriegsgefangenschaft, Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg und Wiederaufbau in den 1950er-Jahren sowie einer seit Ende der 1950er-Jahre (selbst)kritischer werdenden öffentlichen Bezugnahme auf die Zeit des Nationalsozialismus. In verschiedenen Städten wurden Kriegsgefangenen-Denkmäler demontiert, die nun als verzichtbar angesehen wurden. Diese Entwicklung war begleitet von der Errichtung neuer Denkmäler und der Einweihung von KZ-Gedenkstätten seit Mitte der 1960er-Jahre, die andere Akzente setzten und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Fokus rückten.

Zu diesem Wandlungsprozess gehörte auch die Rückkehr der Täter und ihrer Taten in die öffentlich kommunizierte Erinnerung. Der Ulmer Einsatzgruppenprozess und die Gründung

der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung der NS-Verbrechen im Jahr 1958, die Schändung der Kölner Synagoge an Weihnachten 1959, der 1961 in Jerusalem beginnende Eichmann-Prozess sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 sind neuralgische Ereignisse, durch die eine neue Phase der öffentlichen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Vergangenheit eingeleitet wurde. Die Schockwirkung, die die antisemitisch motivierten Straftaten ausgelöst hatten, die öffentliche Thematisierung der Täter und ihrer Taten in den NS-Prozessen und der begleitenden Berichterstattung sowie die damit verbundene Sensibilisierung für die Kontinuität des politischen, administrativen und juristischen Personals waren zugleich Auslöser wie auch bereits erste Anzeichen für eine veränderte Erinnerungskultur, in deren Zentrum nun nicht mehr die Opfer von Flucht, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und Bombenkrieg standen.

Verschwunden waren diese Erinnerungen damit freilich nicht. Sie hatten im Unterschied zu den 1950er-Jahren zwar ihren Status als sinnstiftende, weithin akzeptierte «Meistererzählung» eingebüsst, aber sie existierten weiter in den partikularen und vielfältigen Erinnerungsmilieus der Verbände von Kriegsveteranen, Kriegerwitwen, ehemaligen Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und Vertriebenen, aus denen sie stammten und in die sie nun gewissermassen zurückkehrten. Dass diesen Erinnerungen seit der Jahrtausendwende wieder verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird (unter ganz anderen gesellschaftlichen, historiographischen und medialen Rahmenbedingungen), deutet darauf hin, dass auch Erinnerungen Konjunkturen unterliegen. Sie können unter bestimmten Voraussetzungen wieder aus ihren partikularen Milieus heraustreten und für grössere Teile der Gesellschaft attraktiv werden.

Die Geschichte der Friedland-Gedächtnisstätte enthält ausserdem wichtige Hinweise auf die Reaktionen von Opferverbänden auf Konjunkturen von Erinnerungen. Der VdH brachte der nachlassenden Aufmerksamkeit für «seine» Erinne-

rungen nur wenig Verständnis entgegen. In der Verbandszeitschrift «Der Heimkehrer» wurde nicht nur über die mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit für die Friedland-Gedächtnisstätte empört berichtet, sondern auch über die Demontagen anderer Kriegsfolgendenkmäler. Die Entstehung neuer Denkmalsformen mit veränderten Inhalten stiess auf völliges Unverständnis. Der öffentlichen Erwähnung der nationalsozialistischen Verbrechen, in welcher Form auch immer, folgte wie ein Echo der Hinweis auf die deutschen Opfer – so etwa in einem Kommentar zur Gründung der Zentralstelle zur Aufklärung der nationalsozialistischen Verbrechen im Jahr 1958, in dem gefordert wurde, «dass auch die strafrechtliche Verfolgung der nach der Kapitulation in den Internierungslagern begangenen Verbrechen» in Ludwigsburg betrieben und somit «die in den Kriegsgefangenenlagern an wehrlosen Gefangenen verübten Verbrechen» aufgeklärt werden sollten. In derartigen Aussagen zeigte sich nicht zuletzt die Unfähigkeit eines Verbandes, der die leidvollen Erfahrungen seiner Mitglieder ins Zentrum rückte, deren Erinnerungen in einen grösseren Kontext einzuordnen. Wie auch bei anderen Verbänden deutscher Opfer zu beobachten, hatte sich der VdH in seine Erinnerungen eingesponnen. Aus diesem Kokon sollte kein Weg herausführen. Im Gegenteil: Festzustellen ist ein regelrechtes Einfrieren der Erinnerungen auf dem Niveau ihrer erstmaligen öffentlichen Artikulation zu Beginn der 1950er-Jahre; bis zu seiner Auflösung im Jahr 2006 hielt der Verband an den einmal etablierten Deutungen beharrlich fest. Diese Starrheit lässt sich nicht nur darauf zurückführen, dass der VdH etwa im Unterschied zu den Vertriebenenverbänden bewusst und aus nachvollziehbaren Gründen auf die Rekrutierung von Mitgliedern aus den jüngeren Generationen verzichtete (und sich damit auch gegenüber generationenbedingten Veränderungen im Verband selbst in gewisser Weise immunisierte). Die fehlende Flexibilität verweist zugleich auf die Problematik der gesellschaftlichen Anerkennung von Erinnerungen, deren Verlust der VdH in einer sich pluralisierenden Erinnerungskultur befürchtete.

## Lizenz

Copyright © Clio-online – Historisches Fachinformationssystem e.V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <kirsch@zzf-potsdam.de>.

Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

## Birgit Schwelling



Birgit Schwelling, Gedenken im Nachkrieg. Die «Friedland-Gedächtnisstätte», in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008), H. 2, URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/2-2008/4701>, Druckausgabe: S. 189-210.

Lizenz



AfD-Politiker Alexander Gauland sieht den 8. Mai 1945 auch als einen «Tag der Niederlage» für Deutschland an.

Gefragt, was er von dem Vorschlag halte, den Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu einem Feiertag zu erklären, sagte der 79-Jährige dem Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND): «Man kann den 8. Mai nicht zum Glückstag für Deutschland machen. Für die KZ-Insassen ist er ein Tag der Befreiung gewesen. Aber es war auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von grossen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit.»

Es gebe zwar auch Positives am 8. Mai, so Gauland, doch das Datum sei ihm zu «ambivalent», um es zu feiern, so der AfD-Politiker. Die «in Berlin vergewaltigten Frauen werden das ganz anders sehen als der KZ-Insasse», sagte er.

Der 8. Mai lasse sich nicht «zum Glückstag für Deutschland machen».